



**FORUM
FAIRER
HANDEL**

Forderungen des Forum Fairer Handel an die Politik

Setzen Sie sich für sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung ein!

20. Februar 2014

Der Faire Handel beweist seit über 40 Jahren, dass verantwortlicher Handel möglich ist. Wir fordern die deutsche Politik auf, sich weltweit für faire Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Handel sowie für die Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards sowie der Menschenrechte einzusetzen.

Was Sie konkret tun können:

Kleinbauern fördern und Fairen Handel als Best Practice-Ansatz unterstützen

- Setzen Sie sich ein für die Abkehr von Überschussproduktion mit wachsendem Export von Fleisch. Im Ausland werden dadurch zusätzlich Millionen Hektar Fläche Ackerland für unsere Zwecke beansprucht. Viele Kleinbauern und -bäuerinnen werden dafür von ihrem angestammten Land vertrieben.
- Unterstützen Sie die Entwicklung ländlicher Räume und den Aufbau nachhaltiger Landwirtschaft. Das bedeutet, dass Fördermaßnahmen des BMZ in Projekte für Ernährungssicherheit und gesicherte Lebensverhältnisse für kleinbäuerliche Familienbetriebe fließen, die gleichzeitig Umwelt- und Ressourcenschutz gewährleisten.

Faire europäische Landwirtschaftspolitik, hin zu einer bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft

- Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Revision der EU Öko-Verordnung hat negative Auswirkungen auf kleinbäuerliche Strukturen in den Ländern des Südens. Setzen Sie sich für eine Änderung ein.
- Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP): Setzen Sie sich für transparente Verhandlungen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ein. Landwirtschaft sollte aus den regulären Verhandlungen vorerst ausgeklammert werden, um in einem getrennten Verfahren Lösungen für einen fairen transatlantischen Agrarhandel auszuarbeiten.

Preisvolatilität verringern, Spekulationen mit Nahrungsmitteln verhindern

Verlangen Sie von der Bundesregierung einen zügigen Abschluss der „Verstärkten Zusammenarbeit“ zur Einführung der Finanztransaktionssteuer. Damit können auch Preisschwankungen durch Spekulationen auf Nahrungsmittel wirksam eingedämmt werden.



Faire Beschaffung befördern

Im März tritt die neue EU-Vergabekoordinierungsrichtlinie in Kraft. Diese bietet bei der Umsetzung in Deutschland Spielraum, um eine sozial-faire Beschaffung verbindlich und rechtssicher zu gestalten:

- Setzen Sie sich dafür ein, dass bei der Anpassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung soziale Kriterien verbindlich verankert und Bestimmungen zu Nachweis und Kontrolle festgeschrieben werden.
- Zusätzliche Maßnahmen müssen verabschiedet werden, die eine sozial-faire Beschaffung alltägliche Praxis werden lassen (Schulungen, transparente Vergaben, statistische Erfassung).
- Politische Vorgaben im Haushalt abbilden: Denn langfristig ist das wirtschaftlichste Angebot, das, welches auch die sozialen und ökologischen Folgekosten in Betracht zieht.
- Setzen Sie transparente, erreichbare und nachverfolgbare Ziele zur Überprüfung.
- Initiieren Sie Multi-Stakeholder-Prozesse in Branchen, in denen es keine ausreichend belegbaren Nachweise oder Zertifikate für sozial verantwortliche oder faire Produktion gibt.

Menschenrechte in Lieferketten durchsetzen, Offenlegungspflichten für Unternehmen

- Setzen Sie sich ein für die Entwicklung eines deutschen „Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ und die zügige und umfassende Umsetzung der UN-Leitprinzipien.
- Unterstützen Sie den EU-Richtlinienentwurf für die Einführung von Offenlegungspflichten für Unternehmen. Fordern Sie Ihre Kolleg/innen auf Bundes- und EU-Ebene auf, den Gesetzesentwurf zu stärken, damit Unternehmen mindestens über Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung Auskunft geben müssen.
- Setzen Sie sich ein für verbindliche und durchsetzbare Regeln zur Verhinderung unfairer Einkaufspraktiken von Supermarktketten und die Einführung einer unabhängigen Schlichtungsstelle, zu der auch Betroffene aus dem Süden anonym Zugang haben. Fordern Sie Ihre Kolleg/innen auf europäischer Ebene auf, sich für die Einführung einer EU-weiten Regulierung einzusetzen.